

Frei, aber doch nicht kostenlos

Die Digitalisierung hat das Publikationswesen radikal verändert. Die Open-Access-Bewegung wird immer stärker, Fragen des Urheberrechts sind dabei neu zu klären.

Maike Pfalz

Vor 20 Jahren gehörte der regelmäßige Gang in die Universitätsbibliothek zum Studium noch dazu wie Vorlesungen und Übungsgruppen: Fachbücher musste man ausleihen und nach Hause schleppen, Fachartikel mühsam in einem unübersichtlichen Tool der Bibliothek suchen. Wer Glück hatte, konnte die gewünschte Zeitschrift im Regal suchen und die interessanten Artikel kopieren. Wer Pech hatte, musste sie per Fernleihe bestellen. Die heutige Realität ist eine andere: Dank Internet und Digitalisierung stehen unzählige Artikel und Bücher online zur Verfügung – häufig sogar kostenlos. Dadurch können Studierende und Wissenschaftler bequem vom eigenen Rechner auf wichtige Journals zugreifen und im Volltext durchsuchen. Der Zugang zu Wissen ist schnell und einfach möglich – und doch ist das erst der Anfang: Ziel vieler Initiativen ist es, sämtliche wissenschaftlichen Ergebnisse in digitaler Form für alle Nutzer ohne finanzielle, technische oder rechtliche Barrieren zugänglich und nutzbar zu machen, also in Form von Open Access (OA).

Als ein Meilenstein dieser Bewegung in Deutschland gilt die „Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ aus dem Jahr 2003.¹⁾ Diese verdeutlicht die Bedeutung des Internets zur Verbreitung von wissenschaftlichem Wissen und kulturellem Erbe und kommt zu dem Schluss, dass die damit verbundenen Entwicklungen das Wesen des wissenschaftlichen Publizierens erheblich verändern werden. Die Berliner Erklärung verfolgt das Ziel, „das Internet als Instrument für eine weltweite Basis wissenschaftlicher Kenntnisse und menschlicher Reflektion zu fördern.“ Denn unsere Aufgabe, Wissen weiterzugeben,



TIB Hannover

Studierende lernen aus wissenschaftlichen Publikationen. Dank Digitalisierung

und Open Access geht das immer häufiger von überall aus.

sei nur halb erfüllt, wenn diese Informationen für die Gesellschaft nicht in umfassender Weise und einfach zugänglich seien. Zu den ersten Unterzeichnern der Erklärung gehörten in Deutschland die Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Wissenschaftsrat, die Hochschulrektorenkonferenz, die Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Heutzutage haben bereits über 500 Institutionen weltweit die Erklärung unterschrieben.

Doch der Übergang zu Open Access geht langsam voran: Seit der Berliner Erklärung sind Jahre vergangen, und dennoch liegt der Anteil reiner Open-Access-Veröffentlichungen immer noch bei nur 15 Prozent – obwohl fast 90 Prozent der Wissenschaftler überzeugt sind, dass es vorteilhaft für ihr Forschungsfeld und die Arbeitsweise ihrer Community ist, ihre Artikel frei zugänglich zu publizieren. Zu diesem Ergebnis kam die groß angelegte „Study of Open Access Publishing“ (SOAP), die im Rahmen des siebten Forschungsrahmenpro-

gramms der Europäischen Kommission gefördert und vom CERN koordiniert wurde.²⁾ Darin wurden die Antworten von fast 40 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Disziplinen weltweit ausgewertet, die mindestens eine Publikation in einer Peer-Review-Zeitschrift in den letzten fünf Jahren vor der Umfrage veröffentlicht hatten. Mehr als 3000 Antworten stammten von Forschern aus der Physik oder Astronomie.

Darüber hinaus hat die Studie die Barrieren für OA-Publikationen untersucht. Insbesondere zwei Gründe nannten die Forscherinnen und Forscher als Hindernis: So veröffentlichten 39 Prozent der Befragten nicht Open Access mangels Finanzierung. Denn auf dem „Goldenen Weg von Open Access“, auf dem Artikel direkt frei zugänglich für alle Leser sind, fallen Publikationsgebühren von zum Teil mehreren tausend Euro pro Artikel an, die der Korrespondenzautor in der Regel aus seinem eigenen Budget bezahlen muss. Weitere 30 Prozent der Forscher gaben an, OA-Zeitschriften nicht zu nutzen

1) Zur Berliner Erklärung: <http://bit.ly/2o55YDm>

2) Die Kurzzusammenfassung der Studie findet sich unter <https://arxiv.org/abs/1101.5260>

aufgrund ihrer mangelnden Reputation – in der Astronomie waren es sogar 49 Prozent. Hans-Joachim Freund, Direktor am Fritz-Haber-Institut in Berlin, kann diese Skepsis nachvollziehen: „Wichtig für uns Wissenschaftler ist, dass wir unsere Forschungsergebnisse in seriösen Zeitschriften von seriösen Verlagen veröffentlichen inklusive eines klar definierten Peer-Review-Prozesses. Ob diese Zeitschrift dann Open Access bietet, ist für mich sekundär.“

Die Hürden, die es zu überwinden gilt, um den Anteil von Open Access signifikant zu steigern, sind offenbar hoch. Aber unzählige Organisationen haben das Thema auf ihrer Agenda stehen: So veröffentlichte im Mai 2016 beispielsweise der Europäische Rat das Ergebnis seiner Diskussionen über den Übergang zu einem System der offenen Wissenschaft mit dem klaren Bekenntnis, Open Access bis zum Jahr 2020 zum Publikationsstandard zu machen.³⁾ Zudem hat die EU kürzlich beschlossen, eine Expertengruppe zur Zukunft wissenschaftlichen Publizierens einzurichten.⁴⁾ Auch das BMBF verfolgt eine digitale Agenda. Diese soll die Rahmenbedingungen für einen ungehinderten Wissensfluss in der Wissenschaft verbessern, um das Potenzial, welches die Digitalisierung für die Wissensverbreitung bietet, noch besser auszuschöpfen.⁵⁾ Die DFG unterstützt seit wenigen Wochen den Abschluss von Transformationsverträgen mit Verlagen, um Open-Access-Publikationen mit Lizenzgebühren abzugelten.⁶⁾

Aus der Berliner Erklärung hat sich unter Federführung der Max Planck Digital Library die internationale Initiative „OA2020“ entwickelt.⁷⁾ Ziel ist auch hierbei, den freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen in großem Umfang zu erreichen, inklusive der Entwicklung neuer Publikationsplattformen, Archiven und Repositorien. „Uns ist bewusst, dass Wissenschaftler in den angesehensten Journalen publizieren wollen, deswegen versuchen wir auch nicht, sie umzustimmen, sondern wir wollen Open Access als Standard im Publikationswesen verankern“, erläutert

Ralf Schimmer von der Max Planck Digital Library, einer der Koordinatoren von OA2020.

Kerngedanke der Initiative ist daher, die traditionellen Journals, deren Zugriff heutzutage meist über Subskriptionsmodelle erfolgt, sukzessive auf Open Access durch Zahlung einer Publikationsgebühr umzustellen. Dabei strebt Schimmer gemeinsam mit den Wissen-

„Unser Wunsch nach Open Access richtet sich weder gegen Verlage noch gegen das heutige Publikationswesen.“

Ralf Schimmer

schaftsverlagen einen „geordneten Übergang“ an: „Unser Wunsch nach Open Access richtet sich weder gegen Verlage noch gegen das heutige Publikationswesen“, stellt er klar. „Wir wollen lediglich die Finanzströme ändern“. Damit meint Schimmer, dass Bibliotheken und Organisationen künftig nicht mehr für den Zugriff auf Zeitschriften zahlen, sondern dass dieses Geld dazu dienen soll, die Publikationsgebühr für die Artikel abzudecken, um diese direkt frei zugänglich zu machen. Für die gute Zusammenarbeit mit den Verlagen plädiert auch Hans-Joachim Freund: „Wir sind auf die Verlage angewiesen, damit diese unsere Wissenschaft auf den Markt bringen und mit ihren Redakteuren, Editorial Boards und ausgewählten Gutachtern die Qualität und Seriosität des Inhalts ihrer Zeitschriften sicherstellen.“

Dass das Geld, das Bibliotheken und Forschungsorganisationen

heutzutage für den Zugriff auf Zeitschriften zahlen, ausreicht, um die Publikationsgebühren zu decken, hat Ralf Schimmer mit Kollegen von der Max Planck Digital Library in einem White Paper gezeigt.⁸⁾ Demnach werden jährlich rund 7,6 Milliarden Euro für den Zugriff auf akademische Journals gezahlt. Das Web of Science registriert pro Jahr rund 1,5 Millionen Artikel. Nimmt man kleinere Journals hinzu, die dort nicht verzeichnet sind, ergeben sich etwa zwei Millionen Artikel. Somit kostet im Subskriptionssystem derzeit jeder Artikel im Schnitt 3800 Euro. Auf Basis verschiedener Berichte leiten die Autoren des White Paper Publikationskosten für einen Artikel von unter 2000 Euro her – insofern wäre genügend Geld vorhanden, um alle wissenschaftlichen Artikel frei zugänglich zu veröffentlichen.

Den Grundgedanken, die Finanzströme derart umzulenken, verfolgt das DEAL-Projekt, das 2014 mit dem Ziel gegründet wurde, bundesweite Lizenzverträge für das gesamte Portfolio an elektronischen Zeitschriften großer Wissenschaftsverlage zu verhandeln – inklusive dem Einstieg in Golden Open Access. „In der heutigen Zeit kommt man daran nicht mehr vorbei“, ist Horst Hippler, HRK-Präsident und Sprecher des DEAL-Projektlenkungsausschusses, überzeugt. „Außerdem hat die Öffentlichkeit, die mit ihren Steuergeldern die Forschung finanziert, das Recht, die Ergebnisse zu sehen.“

Ende 2016 hat die DEAL-Gruppe die Verhandlungen mit dem Verlag Elsevier abgebrochen, weil „Elsevier nicht in der Lage war, uns ein

- 3) Das Dokument findet sich unter <http://bit.ly/2nZga3d>
- 4) <http://bit.ly/2nXcg7M>
- 5) Mehr dazu unter <http://bit.ly/2nEKXfC>
- 6) <http://bit.ly/2o57xkW>
- 7) Mehr Informationen zu der Initiative unter: <https://oa2020.org>
- 8) Disrupting the subscription journals' business model for the necessary large-scale transformation to open access, dx.doi.org/10.17617/1.3



Fotolia / kras99

Wissenschaftliche Erkenntnisse dürfen nicht hinter einer Paywall verschlossen bleiben, so argumentieren die Initiatoren der Open-Access-Bewegung.



Gedruckte Zeitschriften gehören in der Wissenschaft der Vergangenheit an, heute gibt es sie meist in digitaler Form.

fares Angebot im Hinblick auf Open Access vorzulegen“, so Hippler.⁹⁾ In der Konsequenz hatten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an 60 deutschen Einrichtungen keinen Zugriff mehr auf aktuelle Publikationen von Elsevier. „Die Forscher stehen weiter hinter uns, weil das Geld, das sie sonst für Publikationen ausgeben, für ihre Wissenschaft fehlt“, erläutert Horst Hippler. „Wenn die Kosten für den Zugriff auf Zeitschriften aber weiter so hoch bleiben, wird die Piraterie zunehmen – damit ist niemandem gedient, auch nicht den Verlagen!“

Anfang des Jahres gab es die ersten Sondierungsgespräche mit Springer und Wiley. Horst Hippler ist optimistisch, dass er mit den Verlagen zu einer Einigung kommt: „In anderen Ländern wie Frankreich oder den Niederlanden gibt es Nationallizenzen. Wieso sollte das in Deutschland nicht möglich sein?“ Zudem beobachtet er mit Sorge einen „Wildwuchs neu gegründeter und zum Teil unseriöser Open-Access-Zeitschriften“, dieses Problem müsse man gemeinsam mit Verlagen und Wissenschaftlern lösen.

Vorbild könnten die kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen in den Niederlanden sein: Dort gibt es zehn Vereinbarungen mit Verlagen mit weitreichenden Übereinkünften in puncto Open Access: „Mehr als die Hälfte aller Publikationen mit niederländischen Korrespondenzautoren werden noch innerhalb dieses Jahres frei zugänglich sein“, freut sich Gerard Meijer, Direktor am Fritz-Haber-Institut in

Berlin und einer der Verhandlungsführer in den Niederlanden. „Die Universitäten und Wissenschaftler standen und stehen vereint hinter unseren Verhandlungen.“

In Deutschland plant die DEAL-Projektgruppe zunächst Verhandlungen mit den drei größten Wissenschaftsverlagen. Das hat der Börsenverein zum Anlass genommen, eine Beschwerde beim Bundeskartellamt einzureichen. „Erstens greift die DEAL-Gruppe extrem marktverzerrend in den Wettbewerb ein, indem sie ausschließlich mit den wenigen großen Verlagen verhandelt. Zweitens wird dem Fachbuchhandel der Boden

„Open Access kann man natürlich auch erreichen, indem man Autoren und Verlage enteignet, aber für mich ist das ein Irrweg.“

Matthias Ulmer

entzogen, wenn die Bibliotheken künftig nicht mehr darüber einkaufen, sondern über eine zentrale Lizenz versorgt werden“, erläutert Matthias Ulmer, Geschäftsführer des Eugen Ulmer Verlages und Vorsitzender des Verleger-Ausschusses.

Er fürchtet durch den Abschluss nationaler Lizenzen eine Monopolisierung, weil die zahlreichen kleinen Wissenschaftsverlage daran nicht beteiligt werden und entsprechend ihre Sichtbarkeit verlieren. „Die Frage ist, wie der Staat damit umgeht, wenn wir nur noch fünf Wissenschaftsverlage haben“, sagt er. Sobald es die ersten Preisver-

handlungen gebe, die in irgendeiner Form koordiniert aussähen, sei der Staat seiner Meinung nach gezwungen einzugreifen und ein staatliches Publikationswesen zu gründen.

„Das führt zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Informationswesen, in dem ARD und ZDF die traurigen Pflichtinhalte anbieten“, befürchtet Matthias Ulmer.

Auch die geplanten Änderungen im Urheberrecht, durch die Werke zur Nutzung in Bildung und Wissenschaft weitgehend aus dem Urheberrecht herausgenommen sind, betrachtet er mit Sorge: „Open Access kann man natürlich auch erreichen, indem man Autoren und Verlage enteignet, aber für mich ist das ein Irrweg“, sagt Ulmer. „Wenn ich mit Autoren und Lesern spreche, ist die einhellige Meinung, dass das neue Urheberrecht eine Fehlentwicklung ist.“ Verschiedene Verlage protestieren daher dagegen und haben eine Initiative ins Leben gerufen, um auf den hohen Wert von Bildungs- und Wissenschaftsmedien hinzuweisen.¹⁰⁾ Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen dagegen begrüßt die Änderung im Urheberrecht: Sie erlaube eine lückenlose Nutzung für Unterricht und Wissenschaft und ermögliche eine Pauschalvergütung.

Open Access und Urheberrecht hängen eng zusammen. In beiden Bereichen stehen – vielleicht noch in diesem Jahr – entscheidende Änderungen bevor, die das wissenschaftliche Publikationswesen erheblich beeinflussen können. Matthias Ulmer hofft darauf, dass das Bundeskartellamt die DEAL-Verhandlungen stoppt und die Verlagslandschaft in Deutschland vielfältig bleibt. Ralf Schimmer sucht die konstruktive Zusammenarbeit, um sowohl Verlage wie auch Bibliotheken zu retten: „Wenn wir es jetzt nicht gemeinsam schaffen, ein zukunftsfähiges Modell zu entwickeln, das den Nutzererwartungen im 21. Jahrhundert gerecht wird, werden jüngere Generationen ihre Wünsche auf einem extrem disruptiven Weg durchsetzen. Dann werden viele Verlage und Bibliotheken nur noch Ruinen sein.“

9) Physik Journal, Februar 2017, S. 7

10) Initiative „Publikationsfreiheit für bessere Bildung“: www.publikationsfreiheit.de